

Essen, 07. November 2019

Recherche von CORRECTIV und Stern: Rheinmetall wollte Kriegsschiff in Embargoland Eritrea aufrüsten

Der Rüstungskonzern Rheinmetall wollte im Jahr 2017 ein Kriegsschiff der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) nachrüsten, das sich in einer Militärbasis der VAE in Eritrea befand. Dies geht aus einer E-Mail eines Rheinmetall-Managers im Nahen Osten hervor, wie das gemeinnützige Recherchezentrum CORRECTIV gemeinsam mit dem *Stern* berichtet. Das ostafrikanische Land befand sich zu dem Zeitpunkt unter einem UN-Waffenembargo, womit Rüstungsausfuhren in das Land auch nach deutschem Gesetz verboten waren.

Laut den Recherchen sagte der Konzern der VAE-Marine die Aufrüstung zu, um einen Streit um die Schießgenauigkeit von Geschützen zu beenden. In der E-Mail schrieb der Manager: „...haben wir einer Bitte der Marine zugestimmt, ein zusätzliches Schiff (in Eritrea!) mit unserem Upgrade-Set umzurüsten, um ihnen in ihrer Mission zu helfen“.

Die VAE hatten im Jahr 2015 begonnen, im eritreischen Hafen Assab eine Militärbasis für den Jemen-Krieg einzurichten. Ein Sprecher von Rheinmetall sagte auf Anfrage, dass sich der Konzern an alle Richtlinien für den Rüstungsexport halte. „Wir haben keinen Anlass anzunehmen, dass sich Mitarbeiter im Zusammenhang mit den für die VAE bestimmten Marinegeschützen über Bestimmungen hinweggesetzt hätten“, schrieb der Sprecher.

Laut der Recherche liegen die Informationen über den Plan von Rheinmetall auch der Staatsanwaltschaft in Celle vor, die nach einer Strafanzeige des Rüstungskonzerns zwar Anklage gegen einen ehemaligen Geschäftspartner des Konzerns wegen Betrugs erhoben hat. Trotz der Hinweise auf einen möglichen Embargo-Verstoß und weiterer unklarer Geschäftspraktiken von Rheinmetall zeigten die niedersächsischen Ermittler bisher laut der Recherche wenig Interesse, gegen den Rüstungskonzern zu ermitteln.

Der niedersächsische Landtagsabgeordnete Detlev Schulz-Hendel von den Grünen kritisiert das Verhalten der Ermittler. „Ohne das Verfahren vollständig zu kennen: Die Staatsanwaltschaft und das Landgericht Lüneburg dürfen sich nicht einfach nur auf die Strafanzeige von Rheinmetall beschränken, sie dürfen den Verdacht von Korruption bei Rheinmetall und weitere möglichen Straftaten nicht ausklammern.“

[Rheinmetall wollte Kriegsschiff in Embargoland Eritrea aufrüsten](#) (CORRECTIV)

Kontakt für Rückfragen:

Frederik Richter

frederik.richter@correctiv.org

Telefon: 0176 75628865